

Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint Werktags nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.
Bezugspreis: 16. bis 30. September 12000000 M. Einzelne Nummern 1000000 M.
Herausgeber: Geschäftsstelle Nr. 21205 — Schriftleitung Nr. 14574
Postkontonummer Dresden Nr. 2496 — Stadtdirektion Dresden Nr. 140

Ankündigungspreise — Grundpreis mal Schließjahr der deutschen Zeitungen.
(Grundpreise: die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum 135 M., die 36 mm breite
Grundzeile oder deren Raum im omtlichen Teile 170 M., unter Einbezug 400 M.
Schließjahr: 30000). Ermäßigung auf Familien- und Geschäftsanzeigen. Schluß
der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Stellungslisten der Verwaltung der Staatsgüter und der Landeshauptrentenbank, Jahresbericht und Rechnungsabluß
der Landes-Brandversicherungsanstalt, Verkaufsliste von Holzplantagen auf den Staatsforstrevieren.
Verantwortlich für die Redaktion: Hauptredakteur Bernhard Jolles in Dresden.

Nr. 225

Dresden, Mittwoch, 26. September

1923

Vor den Verhandlungen mit den Alliierten.

Poincarés Programm.

Paris, 26. September.

Der „New York Herald“ glaubt zu wissen, daß Poincaré dem alliierten Regierung folgendes Programm mitteilen werde, das, nach der Einstellung des passiven Widerstandes, in Kraft treten soll:

1. Deutschland soll die Ordnungen über den Widerstand zurückziehen und die Unterführungen einstellen. Die Arbeit wird unter Kontrolle der Besatzungsbehörden wieder aufgenommen und es soll besonders die Kohlen- und Holzproduktion gefördert werden.

2. Die Lieferungen von Rohmaterialien und Waren aus dem Ruhrgebiet werden wieder aufgenommen, sowie dies die wirtschaftliche Lage Deutschlands gestattet.

3. Auf alle deutschen Ausfuhr wird eine Abgabe von 26 Prozent erhoben werden.

4. Die deutschen Zölle werden auf der Grundlage der Goldwährung erhoben und zum Teil in die Reparationskasse abgeführt werden.

5. Die Eisenbahnen, auf der linken Seite des Rheins werden von einem alliierten Team verwaltet werden, in dem Frankreich, Belgien, England und das Rheinland vertreten sein sollen. Poincaré betrachtet diesen Punkt als wesentlich für die Sicherung Frankreichs.

6. Gewisse Kohlengruben im Ruhrgebiet sollen von der deutschen Regierung beschlagnahmt und einem internationalen Team ausgeliefert und auf gleicher Grundlage wie die linksrheinischen Eisenbahnen verwaltet werden.

7. Um die Garantie für eine Goldanleihe zu bekommen, soll in Deutschland, unter ähnlichem Regime wie demjenigen der linksrheinischen Eisenbahnen, ein Konsortium geschaffen werden, woran allerdings Deutschland das überwiegende Interesse besitzen soll. Es würde sich hier um die belgischen Monopolvorschlüsse handeln, insbesondere in Wallisien und Wäldern.

8. Die Blockade des Ruhrgebiets wird sofort eingestrichelt werden, der Handel an Ruhr und Rhein wird, unter Kontrolle des Komitees von Ems, wieder aufgenommen werden. Es soll eine Amnestie der ausgewiesenen Eisenbahner und Beamten in Erwägung gezogen werden, doch müssen diese zuvor die alliierte Autorität anerkennen.

9. Die progressive Räumung der Ruhr wird beginnen, sobald die Alliierten davon überzeugt sind, daß Deutschland bereit sei, bis an die Grenze seiner Leistungsfähigkeit zu bezahlen. Frankreich und Belgien werden bestimmte Teile des besetzten Gebietes räumen, wenn eine gewisse Anzahl von Milliarden Goldmark bezahlt sein wird.

10. Sobald die oben erwähnten Bedingungen von Deutschland angenommen sein werden, wird ein neuer Reparationsplan mit einem drei- oder vierjährigen Moratorium für die Restschuld entworfen werden.

11. Wenn gewisse Grundbesitzer an den alliierten Team abgetreten werden, so werden diese Abtretungen als gleichwertig mit Barzahlungen betrachtet werden und das Moratorium demgemäß verlängert. Während der Dauer des Moratoriums behalten sich die Alliierten gewisse Anteile an deutschen Industriekapitalen vor.

12. Deutschland wird gehalten werden, eine alliierte Kontrolle über seine Finanzen durch die Reparationskommission oder das Garantiekomitee anzuordnen, und zwar nicht nur an der Ruhr, sondern auch in Berlin. Der Reparationskommission werden internationale Finanzbehörden beigegeben werden. Durch die Tätigkeit dieser Kontrolle soll der Marktwert stabilisiert und dafür gesorgt werden, daß die deutsche Regierung ebensoviel Steuern erheben wird, wie die Alliierten.

Dabud sagt in einer offiziellen Mitteilung:

Das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten hat nur durch die Presse Kenntnis von dem Entschluß der Regierung Stresemann, den passiven Widerstand zu beenden. Dem französischen Botschafter in Berlin ist keine offizielle Mitteilung zugegangen. Es ist nun, nachdem die Zurückziehung der Verordnungen einmal erfolgt ist, eine neue Lage geschaffen, die die Eröffnung von Verhandlungen zwischen Deutschland und den Alliierten gestattet wird. Zwischen den alliierten Regierungen wird unverzüglich ein Meinungsaustrausch eingeleitet werden, und es ist wahrscheinlich, daß Poincaré in erster Linie mit den belgischen Ministern verhandeln wird. Der Ministerpräsident kehrt heute abend nach Paris zurück.

Zu Erwartung des Vorschlages der Reichsregierung.

Paris, 25. September.

Das Ministerium des Auswärtigen gibt, nach der Mitteilung heutiger Blätter, noch folgende inoffizielle Erklärung zu der Maßnahme der Deutschen Regierung ab: Eine Verhandlung mit Deutschland könne erst beginnen, wenn die Vorbereitung zur Organisation und Unterhaltung des passiven Widerstandes offiziell von der Reichsregierung zurückgezogen worden sei. Man halte es für wahrscheinlich, daß die Reichsregierung sehr bald einen detaillierten Vorschlag über die Reparationszahlungen den verbündeten Regierungen zugehen lassen werde. In diesem Vorschlage werde das Projekt Stresemanns mit besonderer Rücksicht auf die Forderungen Frankreichs und Belgiens mit allen Einzelheiten enthalten sein, und die von Stresemann erwähnten „effektiven“ Sicherheiten würden genau beschrieben werden.

Der „Temps“ mahnt zur Vorsicht.

Der Gegensatz Stresemann-Ludendorff.

Paris, 26. September.

Philippe Millet erklärt im „Paris Midi“, die wichtigste Frage für Deutschlands Zukunft sei, ob Stresemann härter bleiben werde als Ludendorff. Dem Bürgermeister des Kanzlers Stresemann müsse auch von den Gegnern Bewunderung gezollt werden. Er habe „seine eigene Sicherheit dem Wohle des Landes vorgezogen“ und wolle in der Zeit der Krise in Amerika. Dieses anerkenntliche Urteil wird im „Temps“ nicht bestritten. Der Artikel dieses Blattes enthält alles, was auch in den anderen Abendblättern über die Situation in Deutschland zu lesen ist und dürfte deshalb wohl, gleich den anderen ähnlichen Kommentaren, einer offiziellen Information seinen Ursprung verdanken. Der Aufsatz zeigt schon im ersten Satz, worauf es der Regierung ankommt. „Wir dürfen

Paris, 25. September.

„aber wir wollen noch etwas nachdenken, bevor wir Herrn Stresemann Beifall spenden. Ein Triumph kann nicht näher, wenn der Kanzler, der seine Unterschrift geben soll, vielleicht bald seinen Platz räumen muß.“ Stresemann wolle zwar den Widerstand aufgeben, aber er vertrete nicht die Politik seines Vorgängers. Auch Stresemann bleibe dabei, daß Frankreich und Belgien nicht das Recht gehabt hätten, sich Pfänder im Ruhrgebiet zu sichern. Er werde nur den Ratschlag an, weil ihm nichts anderes übrigbliebe: genau wie ein General, der seine Armees für spätere Kämpfe bereit haben wolle. Deshalb bedürfte noch einer Erklärung des Kanzlers zunächst noch einer Ergänzung. Die Verordnung über den Widerstand müsse widerrufen, jede Hilfeleistung, die direkt oder indirekt, den Widerstand oder die Sabotage begünstige, eingestrichelt werden. Der „Temps“ kommt zu der Schlußfolgerung, die Einstellung des passiven Widerstandes sei nur Form, solange nicht der Beweis geführt werde, daß der Widerstand wirklich aufgegeben worden sei. Dieser Beweis lasse sich nur erbringen, wenn die Arbeit beginne und durch ihren Erfolg zu erkennen sei, daß sie etwas einbringe. Also müßten nach der offiziellen Beendigung des passiven Widerstandes erst einige Wochen der Arbeit und der Abgabe folgen, damit die Verbündeten die Vorschläge des Reiches mit Vertrauen prüfen könnten. Soweit der „Temps“, dessen Bemerkungen ähnlich auch in den anderen Tagesdrucken wiederholt werden.

Ein Prediger in der Wüste.

Paris, 25. September.

In der „Gazette de France“ beklagt Prof. Victor Basi, daß die französische Regierung der deutschen Demoralisation sei, merkt Unterstützung zuteil werden

läßt. Sei es nicht natürlich, daß, trotz der energischen Meinung Poincarés, die Welt sich frage, ob Frankreich wirklich bezahlt sein wolle oder ob es, um für seine Sicherheit zu sorgen und den Wettbewerb einer aufstrebenden deutschen Industrie zu verhindern, die Ausrechterhaltung des status quo sowie die politische und wirtschaftliche Zusammenbruch des Deutschen Reiches vorziehe? Die vorsichtigen Worte, die dieser Tage im Völkerbund ausgesprochen wurden, seien für Frankreich von außerordentlichem Ernst.

Englische Tatarennachrichten.

London, 25. September.

Die englische Presse zeigt sich über die Vorgänge in Deutschland im allgemeinen ziemlich schlecht unterrichtet, obwohl jedes größere Blatt in der Reichshauptstadt einen eigenen Korrespondenten unterhält. Die Meldung über die Montagbeschlüsse wird wenig oder gar nicht kommentiert, dagegen werden alle möglichen Alarmnachrichten über die inneren Zustände des Reiches gebracht. In sensationeller Aufmachung wird behauptet, daß die bayerischen Nationalisten den Marsch nach Berlin vorbereitet hätten, Rothe hätte sich bereit, Ordnung zu schaffen, der Reichskanzler trüge sich mit Militärsabstufen und Ähnliches mehr. Aus dem Rheinland erhalten die Blätter von ihren dortigen Berichterstattern Nachrichten, daß die Auslösung der rheinischen Republik bevorstehe, und der Pariser Korrespondent der „Times“ drahtet, Frankreich verfolge die Vorgänge im Rheinland mit dem größten Interesse. Vorläufig lasse sich aber noch nicht sagen, ob die separatistische Bewegung eine ernsthafte Bedeutung habe.

„Daily Telegraph“ teilt mit, daß Baldwin nicht am Donnerstag, sondern erst am Montag Mitteilungen über die auswärtige Politik Englands machen werde. Dagegen hat sich von seinem Pariser Berichterstatter Näheres über die Absichten Frankreichs für den Fall der Einstellung des Widerstandes erfahren haben: Die Bewegung solle unsichtbar gemacht werden, damit Deutschland in der Lage sei, die Arbeit selbst zu organisieren. Das Kohlenmonopol habe noch einen zurückzuführen. Die Deutschen sollten selbst die Kohlensteuer und die Ausfuhrabgabe einzeln und diese dann an Frankreich abführen. Die Eisenbahnen würden frei sein. Lediglich auf dem linken Rheinufer solle der Reglebetrieb fortgesetzt werden. Die Besatzungsmächte würden auf diese Weise die Sanierung der Reparationskommission werden.

Italienische Befürchtungen.

Rom, 25. September.

Die italienische Presse veröffentlicht lange Berliner Depeschen über die innen- und außenpolitische Lage Deutschlands. „Messaggero“ sagt, man habe lange vorhergesehen, daß die Ruhr unpassend und dabei sichere Politik Poincarés den deutschen Widerstand besiegen würde. Die Unterwerfung Deutschlands könne nichts anderes bedeuten, als die völlige Anerkennung der Reparationswünsche Poincarés. Sicher werde eine deutsch-französische Zusammenarbeit, besonders auf industriellen Gebieten, folgen, an der natürlich Frankreich den Löwenanteil haben werde. So werde also auch die industrielle französische Vorherrschaft besiegelt, die Italien bedrohe und es zwinge, seine Interessen zu verteidigen. „Piccolo“ begrüßt die französische Anhänglichkeit die sowohl den deutschen Widerstand wie auch die englische Gegnerschaft besiegt habe. Zwar sei das Reparationsproblem noch nicht gelöst, doch trete es glücklicherweise in eine neue Phase, die größere Möglichkeiten biete, eine Lösung zu finden.

Für die Einheit des Reiches.

Konferenz der Länderminister.

Berlin, 25. September.

Amlich wird mitgeteilt:

Heute vormittags fand eine gemeinsame Besprechung der Ministerpräsidenten der deutschen Länder mit dem Reichskabinett über die Frage der Einstellung des passiven Widerstandes statt. Nach einer Darlegung des Reichskanzlers brachten die Vertreter der Länder ihre Auffassung zum Ausdruck. Es ergab sich vollkommene Übereinstimmung darüber, daß der passive Widerstand aus innenpolitischen, vor allem finanziellen Gründen abgebrochen werden muß. Ebenso war man übereinstimmend der Ansicht, daß es Absicht und Aufgabe der Reichsregierung sei, den Abbruch des passiven Widerstandes in einer der Würde und Ehre des deutschen Volkes entsprechenden Weise vorzunehmen.

Gegenüber etwaigen Versuchen, die Einheit des Reiches anzutasten, erklärten alle verantwortlichen Leiter der deutschen Länder ihren festen Willen, die Einheit des Reiches als unantastbares Gut der Nation zu bewahren und zu verteidigen.